

gewidmet ist. Wie der erste ist auch dieser, in Teilen gegenwartsorientierte Band aus einer wissenschaftlichen Tagung hervorgegangen.

In der Einleitung gehen die Hrsg. auf das grundsätzliche Verhältnis zwischen Nation und Religion ein, welches das moderne Europa maßgeblich geprägt hat und das darin besteht, daß die Nation die Religion zwar nicht verdrängte und diese weiter ihre zentrale wertbestimmende Stellung in der Gesellschaft behielt, Kirchen und Religionen ihre Legitimität aber nur wahren konnten, indem sie sich als integrale Bestandteile der Nationen profilierten. Das gelang im europäischen Maßstab jenen, die territorial und machtpolitisch fixiert waren, besser als jenen, die übernational ausgerichtet waren. Zudem mußte Mehrkonfessionalität für die auf Homogenität angelegte Ordnungsidee der Nation ein Problem darstellen, da sie häufig soziale oder regionale Abgrenzungen verschärfte und die mit der Konfessionalisierung von Nationen einhergehende Hierarchisierung der Konfessionen das gesellschaftliche Konfliktpotential erhöhte. Dies gilt sowohl für Zentral- als auch für föderativ organisierte Staaten, wenngleich bestehende Gegensätze in beiden unterschiedlich ausgehandelt werden.

Angesichts dieser Ausgangslage nimmt es nicht Wunder, daß die Konfliktgeschichte im Mittelpunkt des Bandes steht, der zwölf in drei Themenkomplexe geordnete Aufsätze umfaßt: Die Beiträge des ersten Abschnitts sind den nationalpolitischen Auseinandersetzungen über die Reformation gewidmet, die im 19. und 20. Jh. in mehrkonfessionellen Gesellschaften geführt wurden. Im zweiten Teil geht es um die Spannung zwischen religiöser und laizistischer Nationalsymbolik, und im dritten Abschnitt werden die gegenwärtigen Probleme in christlich-islamischen Mischgesellschaften am Beispiel Deutschland, Frankreich und Großbritannien behandelt. In der überwiegenden Zahl der Beiträge wird dargestellt, wie die Kirchen in nationalpolitischen Handlungsfeldern Machtpositionen zu erringen suchten, um ihre Deutungsangebote durchzusetzen. Dabei mußten die Kirchen sich freilich zugleich den Vereinnahmungsversuchen der nationalen Bewegung erwehren, die ihrerseits Kirche und Religion nutzte, um ihre Ziele und Ambitionen zu sakralisieren. Ausdrücklich weisen die Autoren darauf hin, daß sich das Verhältnis beider zueinander nicht per Definition klären läßt, weil sich Nation und Religion einer festen Kategorisierung entziehen.

Bedenkt man die starke Ausprägung von Mehrkonfessionalität und die Dynamik der Nationalisierungsprozesse in Ostmitteleuropa bei einem gleichzeitig hohen Stellenwert konfessioneller Bindungen, so kommt dieser europäische Großraum mit jeweils einem Beitrag zum preußischen Osten und zu Böhmen im Band viel zu kurz. Allein der Hinweis auf eine weitere Konferenz zur Problematik gerade zu diesen Regionen vermag nicht zu friedenzustellen.

Rostock – Thorn/Toruń

Ralph Schattkowsky

National borders and economic disintegration in Modern East Central Europe. Hrsg. von Uwe Müller und Helga Schultz. (Frankfurter Studien zur Grenzregion, Bd. 8.) Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2002. 295 S., 12 Abb., 6 Ktn., 12 Tab. (€ 40,-.)

Seit der frühen Neuzeit lag Ostmitteleuropa im Einzugsbereich von Imperien: „Teilhaaber“ waren Rußland, Habsburg, Preußen und das Osmanische Reich; im 20. Jh. war die Region der nationalsozialistischen und der sowjetischen Hegemonie unterworfen. Aufstieg und Fall der Großreiche waren mit häufigen Grenzänderungen verbunden. Inwieweit – so lautet die Leitfrage, die der vorliegende, außerordentlich anregende Band im historischen Längsschnitt und in komparativer Perspektive verfolgt – haben Grenzziehungen die Bildung und Integration regionaler oder nationaler Wirtschaftsräume beeinflußt und so womöglich zur Überwindung – oder auch zur Zementierung – von Unterentwicklung beigetragen?

Die Eingliederung peripherer Regionen in National-Ökonomien wurde im Zeitalter des Merkantilismus angebahnt; sie beschleunigte sich mit der vollen Entfaltung des bürokratischen Zentralstaats. Das Habsburgerreich und Preußen/Deutschland trieben die Integration ihrer östlichen Provinzen und die Einebnung interner Entwicklungsgefälle voran. Wo Investitionen im Unternehmenssektor oder in die Infrastruktur sich eigentlich nicht „rechneten“, waren häufig auch militärisch-machtpolitische Motive maßgeblich. Eher irreführend ist in diesem Kontext die Zentrum-Peripherie-Begrifflichkeit: Böhmen und die Łództer Region etwa waren „Peripherien“, gehörten aber zu den bedeutendsten Industriegebieten Ostmitteleuropas. Aufs Ganze gesehen blieben die Ostprovinzen Preußen-Deutschlands und der Habsburgermonarchie allerdings unter dem Entwicklungsdurchschnitt der Gesamtstaaten; das europäische West-Ost-Gefälle konnte nicht beseitigt werden, ethnische und soziale Konflikte blieben ungelöst.

Staatsgrenzen waren der Entstehung von Nationalwirtschaften förderlich; andererseits beeinträchtigten sie regionale Wirtschaftsbeziehungen über diese Grenzen hinweg. Eine Fülle von Belegen für diese These liefern insbesondere die „Nachfolgestaaten“ der Zwischenkriegszeit. Die Folgen des (Wirtschafts-)Nationalismus waren desaströs, im Neubau der Nationalwirtschaften – oft aus den größeren Einheiten herausgerissene Trümmer – wurden die Verflechtungsvorteile gewachsener Wirtschaftseinheiten verspielt; die Konstruktion von Wirtschafts- und Währungsgebieten zerriß Infrastrukturnetze und zerteilte Handelsräume. Die Anbindung der neuen National-Ökonomien an die Staaten des europäischen Westens und die Ausrichtung der Handels- und Finanzbeziehungen auf diese schuf neue Abhängigkeiten. Ein stabiles, die jungen ostmitteleuropäischen Staaten integrierendes Weltwirtschaftssystem zu schaffen, waren die Großmächte nicht imstande. Nicht nur das politisch gewollte, durch die Weltwirtschaftskrise verschärfte „*beggar your neighbour*“, auch die weitgehende strukturelle Ähnlichkeit der ostmitteleuropäischen Agrarwirtschaften wirkte als Entwicklungsbarriere. Versuche der Gegensteuerung, etwa die Zollunionsbestrebungen der – vergleichsweise noch integrationsfreundlichen – 1920er Jahre milderten das nationale Autonomiestreben nicht wesentlich. Die vor allem in den dreißiger Jahren zunehmende Abhängigkeit der ostmittel- und südosteuropäischen Agrar- und Rohstoffproduzenten von der reichsdeutschen (Rüstungs-)Nachfrage mündete nach 1938/39 in politisch-militärische Unterwerfung und offene wirtschaftliche Ausbeutung.

Die Entscheidungen von Teheran und Jalta und die Bevölkerungstransfers im Interesse „klarer ethnischer Verhältnisse“ bestimmten die politisch-ökonomische Ordnung der zweiten Nachkriegszeit. Im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) waren die politischen Grenzen allerdings nach wie vor auch ökonomische Barrieren. Transnationale Kooperation war eingeeicht und kontrolliert; sie konnte – dies zeigt etwa die polnische Krise der frühen achtziger Jahre – nach Bedarf abgestoppt werden. Wirtschaftsnationalistische Traditionen wirkten hier mit der generellen Integrationsaversion zentraladministrativer Planwirtschaften und mit machtpolitischen Belangen zusammen. Die unfreiwillige Isolation hinter dem Eisernen Vorhang nutzten die ostmitteleuropäischen Staaten zur Industrialisierung nach sowjetischem Vorbild. Der Beitrag des RGW zur nachholenden Entwicklung war allerdings gering: Die östliche Supermacht war selbst eher Peripherie als Zentrum. Ungeachtet bedeutender Fortschritte der Industrialisierung konnte die technologische Lücke zum Westen bis 1989 nicht geschlossen werden.

Die Wiederöffnung der Grenzen nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Blocks und die politisch-ökonomische Transformation verschärften zunächst die Disparitäten in der Region; unverkennbar war die Wiederkehr von Problemen der ersten Vorkriegs- bzw. der Zwischenkriegszeit. Mit der Entstehung transnationaler Konsumgüter-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärkte kristallisierten sich jedoch auch neue Strukturen übernationaler Arbeitsteilung heraus; wiederbelebt wurden zudem alte Traditionen grenzüberschreitenden Verkehrs wie etwa das sächsisch-böhmische Grenzpendeln. In der Überwindung der Isolation und der Neu-Anbindung an den Westen waren die ostmitteleuropäischen Staaten deutlich erfolgreicher als etwa die mittelasiatischen postsowjetischen Republiken. Droht unge-

achtet dessen der Region im neuen, Osten und Westen umspannenden Koordinatensystem der Rückfall in die Peripherie? Im Zeichen des EU-Beitritts ist dieser Entwicklungspfad weniger wahrscheinlich als eine Neuauflage der „europäischen Erfolgsgeschichte Südeuropas“.

Nicht alle 16 Beiträge des Bandes sind von gleicher Qualität; bei großangelegten Gemeinschaftsunternehmen ist dies allerdings unvermeidlich. Auch sind nicht alle Länder der Region gleichgewichtig repräsentiert – Sammelunternehmen dieser Art lassen sich jedoch nicht am Reißbrett konzipieren. Lobend hervorzuheben ist der Mut der Hrsg. zu beträchtlicher chronologischer und geographischer Spannweite, die von der theoretisch vorzüglich informierten Einleitung diszipliniert zusammengehalten wird.

Salzburg

Christoph Boyer

Wojna polsko-sowiecka 1920 roku w dokumentach niemieckiej dyplomacji. [Der polnisch-sowjetische Krieg 1920 in den Dokumenten der deutschen Diplomatie.] Hrsg. von Karol Jonca. (Acta Universitatis Wratislaviensis, Bd. 2292.) Wydawnictwo Uniwersytetu Wrocławskiego. Wrocław 2002. 616 S., umfangr. Quellenanh., dt. Zusatzf.

Die vorliegende Edition macht in Ergänzung zu den Polen betreffenden 34 Schriftstücken des dritten Bandes der Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 202 weitere Dokumente aus den Beständen des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland der Öffentlichkeit zugänglich. Sie fallen mit wenigen Ausnahmen in den Zeitraum zwischen dem 16. März und dem 12. Oktober 1920, dem Tag des Präliminarfriedens zwischen Polen und Sowjetrußland, und weisen thematisch weit über das in Vorwort (S. 7-12) und Einleitung (S. 13-57) des Hrsg.s begründete Anliegen hinaus, den polnisch-sowjetischen Krieg bzw. die prekäre Lage Polens zwischen Deutschland und Sowjetrußland in der Phase des Krieges mittels deutscher diplomatischer Akten zu dokumentieren. Im übrigen waren der Vormarsch der Roten Armee auf Warschau, das „Wunder an der Weichsel“ sowie die deutschen und russischen Aversionen gegen das unabhängige Polen lediglich in der offiziellen kommunistischen Historiographie Osteuropas „vergessen“. Erst vor dem breiteren Hintergrund der jüngsten internationalen Forschung zur europäischen Nachkriegszeit und zum russischen Bürgerkrieg gewinnt das disparate Material allerdings seinen besonderen Stellenwert. Aus der Perspektive unterschiedlicher deutscher Instanzen zeigen sich die komplexen außenpolitischen und militärischen Optionen der beteiligten Mächte. Im weiten Hinterland der Feldzüge und an den ungesicherten Grenzen destabilisierten politisierte Weltkriegsgefangene, Deserteure, Partisanen und Flüchtlinge die Staatlichkeit in Ostmitteleuropa und konkurrierten Freiwilligenverbände mit abenteuerlichen Zielen um die Vorherrschaft in den Regionen. Jede Art von Emissären, Kundschaftern, „Generälen“ und politischen Hochstaplern traten als Gewährsmänner deutscher Diplomaten, Geschäftsträger und Verwaltungsbeamter auf. Gerüchte formten die Bilder von der nach Mitteleuropa vorstoßenden „Weltrevolution“. Während hartnäckig über eine militärische Offensive der Roten Armee auch gegen Deutschland spekuliert wurde, reichte deren Schlagkraft nach Ansicht der Heeresleitung lediglich für die Erreichung des vermeintlich vordringlichen „nationalen“ Ziels Moskaus, nämlich Polen „zurückzuholen“. Eine Unterstützung des letzteren wurde kategorisch ausgeschlossen.

Die photomechanisch reproduzierten Akten werden durch polnisch-deutsche Regesten und ein Namensregister erschlossen.

Hamburg

Nikolaus Katzer

Diktatur – Krieg – Vertreibung. Erinnerungskulturen in Tschechien, der Slowakei und Deutschland seit 1945. Hrsg. von Christoph Cornelißen, Roman Holec und Jiří